

Marktwirtschaft.

Zeichnung: Greser & Lenz



Die gute Nachricht für Europa

- | | |
|---|---|
| <p>02 Einwanderung regeln!
Editorial von Bernd Raffelhüschen</p> <p>03 Neuordnung der Erbschaftsteuer
Kronberger Kreis fordert grundlegende Reform</p> <p>04 Fiskalische Folgen des Flüchtlingszustroms
EU-Nachhaltigkeitsranking</p> <p>05 Eine Stabilitäts- und Wachstumsunion?
Kooperationstagung zur Zukunft der Eurozone</p> | <p>06 Schöne neue digitale Medienwelt?!
Tagung mit Springer, Spiegel, Google und Politik</p> <p>07 Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen
Tagung zur Reformbaustelle Finanzföderalismus</p> <p>08 Berliner Gespräche zum Finanzplatz
Generation-D: Start der Ausschreibung
Zu guter Letzt: Noch eine frohe Botschaft</p> |
|---|---|

Einwanderung regeln!

Editorial von Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Vorstandsmitglied der Stiftung Marktwirtschaft



Der dramatische Anstieg der Zahl der zu uns kommenden Flüchtlinge polarisiert nicht nur eine Nation, sondern einen ganzen Kontinent. Man fragt sich gelegentlich, was man glauben soll, wenn es darum geht, ob „wir das schaffen“, oder, ob es uns schafft: Auf der einen Seite macht so vieles – übertriebene? – per „stiller Post“ die Runde. Auf der anderen Seite stehen Medien, die weniger zu berichten als im Sinne der vom Kanzleramt verordneten Willkommenskultur zu missionieren scheinen und bei Veröffentlichungen im Internet zum „heißen Eisen“ Migration Blogs abschalten, also freie Meinungsäußerung nicht mehr zulassen – früher nannte man das Denk- bzw. Diskussionsverbot. Lassen wir uns zu sehr von Gefühlen leiten? „Empathie“, wie es neudeutsch heißt, ist gewiss nichts Schlechtes. Sicher indes ist, dass es immer hilft, den Kopf einzuschalten.

Dem Gutmenschen, der am liebsten alle Flüchtlinge und Leidenden aufnehmen würde, kann man nur sagen: Es sind zu viele, vor Ort ist ihnen wirksamer zu helfen, und Deutschland sollte nicht schon wieder versuchen, mit Alleingängen die Welt zu retten. Und dem zunehmend radikalisierten Zuwanderungsgegner kann man nur zurufen: Deutschland ist schon seit 150 Jahren ein Einwanderungsland und wird es die nächsten 150 Jahre auch bleiben. Allerdings ist unser Land das einzige Einwanderungsland ohne Einwanderungsregeln. Genau daran müssen wir arbeiten!

Jedes Einwanderungsland legt sich beispielsweise auf eine strikte Trennung von humanitärem Asyl- und Zuwanderungsverfahren fest. Einwanderung ist ein *do ut des* und nützt beiden Seiten. Deshalb hat ein Einwanderungsland auch politisch festgelegte Obergrenzen und Mindestqualifikationsanforderungen, die sich aus dem Arbeitsmarkt ergeben. Danach wird aufgenommen, wer eine fiskalische Dividende verspricht, also der schnell integrierbare, junge

Facharbeiter oder der syrische Arzt mit Familie. Beides sind Menschen, die uns bei der Bewältigung unseres demographischen Problems helfen. Um es aus fiskalischer Perspektive zu sagen: Sie leisten mehr an Steuer- und Beitragszahlungen, als sie an Leistungen von unserem Gemeinwesen in Anspruch nehmen.

Wie aber sieht es mit der fiskalischen Dividende des derzeitigen Flüchtlingsstroms aus? Im Jahr 2015 werden etwa 1,3 Millionen Menschen in unserem Land teils als Kriegs-, teils als Wirtschaftsflüchtlinge ankommen – aus ihrer Sicht in beiden Fällen verständlich. Die Altersstruktur der Ankommenden scheint für uns eher positiv zu sein, denn als alterndes Land brauchen wir vor allem junge Menschen. Hinsichtlich der Qualifikationsstruktur gibt es allerdings noch keine verlässlichen Daten – hier müssen wir also eher spekulieren. Selbst unter den unrealistisch optimistischen Annahmen, dass, erstens, das Qualifikationsniveau der Flüchtlinge dem der schon bei uns lebenden Ausländer – einschließlich denen aus der EU – entspricht und, zweitens, innerhalb von sechs Jahren alle in den Arbeitsmarkt integriert sind sowie bei der zweiten Generation von vorneherein vollständige Integration erfolgt, ist die fiskalische Dividende der derzeitigen, ungesteuerten Zuwanderung negativ. Sie kostet jährlich dauerhaft mindestens 17, wohl eher knapp 30 Milliarden Euro. Zugegeben – das ist eine ökonomische Betrachtung, die aber das Versprechen einer „ökonomischen Rendite“ als Illusion oder Irreführung entlarvt, solange sich Zuwanderung nicht am Arbeitsmarkt orientiert und per Einwanderungsgesetz erfolgt. Wer anders und humanitär argumentiert, sollte dann auch so ehrlich sein, den Bürgern zu sagen, dass sie sich leider mit dem Gedanken eines hohen und dauerhaften „Flüchtlingssolis“ auf die Einkommensteuer vertraut machen müssen.

IMPRESSUM

Dr. Susanna Hübner
(V.i.S.d.P.)

Stiftung Marktwirtschaft
Charlottenstr. 60, 10117 Berlin
www.stiftung-marktwirtschaft.de

ISSN: 1612-9725

Fotos: Kay Herschelmann

Erbschaftsteuer: Besser neu ordnen statt verschlimmbessern

Kronberger Kreis fordert grundlegende Reform

Das Bundesverfassungsgericht hat das geltende Erbschaftsteuerrecht in Deutschland als verfassungswidrig eingestuft. Insbesondere das Ausmaß erbschaftsteuerlicher Begünstigungen stelle keine gleichheitsgerechte Belastung dar. Die bisherigen Vorschläge der Bundesregierung im Sinne einer „minimalinvasiven“ Reform können jedoch nicht überzeugen, mahnt der Kronberger Kreis, wissenschaftlicher Beirat der Stiftung Marktwirtschaft.

In ihrer neuesten Studie kritisieren die Professoren Lars P. Feld, Clemens Fuest, Justus Haucap, Heike Schweitzer, Volker Wieland und Berthold U. Wigger das Festhalten der Bundesregierung an hohen Steuersätzen und Verschonungsregeln. Eine noch so detaillierte Ausgestaltung von Verschonungsregeln schaffe schließlich Anreize zum Missbrauch steuerlicher Gestaltungsmöglichkeiten und könne schnell zu ökonomisch ineffizienten Ergebnissen führen. Eine gerechte Besteuerung von Erbschaften, die eine Gefährdung von Arbeitsplätzen und unternehmerischen Investitionen vermeidet, könne mit hohen Steuersätzen und Verschonungsregeln nicht erreicht werden. So könnten Mittel für Investitionen als nicht begünstigtes Betriebsvermögen und damit als Privatvermögen qualifiziert werden – mit verheerenden Auswirkungen für Zukunftsinvestitionen. Es gelte aber auch zu berücksichtigen, dass ein vollständiger Verzicht auf die Erbschaftsteuer schnell Begehrlichkeiten für die Einführung einer Vermögensteuer wecken würde – mit wesentlich verheerenderen ökonomischen Folgen für den Wirtschaftsstandort Deutschland.

Daher plädiert der Kronberger Kreis für eine grundlegende Reform der Erbschaftsteuer. Ausgestaltet als „Flat Tax“ nahe 10 Prozent könnte das reformierte Erbschaftsteuerrecht auf Verschonungsregeln weitgehend verzichten und im Bedarfsfall auf einfach zu handhabende Stundungsregeln zurückgreifen – ohne Ausnahmen und Bürokratie. Diese grundlegende Reform der Erbschaftsteuer würde eine gerechtere und effizientere Ausgestaltung der Regeln darstellen. Der Kronberger Kreis appelliert deshalb an die Bundesregierung, den Moment der Stunde zu nutzen und eine wirkliche Neuordnung der Erbschaftsteuer auf den Weg zu bringen, anstatt diese „minimalinvasiv“ zu verschlimmbessern.



Die neue Studie des Kronberger Kreises finden Sie auf unserer Homepage: www.kronberger-kreis.de



**Erbschaftsteuer:
Neu ordnen
statt nachbessern**
Schriftenreihe Band 60

Kronberger Kreis
Lars P. Feld, Clemens Fuest,
Justus Haucap, Heike
Schweitzer, Volker Wieland,
Berthold U. Wigger

Stiftung Marktwirtschaft
(Hrsg.)
ISBN: 3-89015-119-1

Hans-Joachim Krahenen

mit 99 Jahren verstorben



Prof. Dr. Hans-Joachim Krahenen hat die Gründungsphase des Vereins *Frankfurter Institut für wirtschaftspolitische Forschung* bereits im Jahr 1982 mit geprägt, aus dem später die *Stiftung Marktwirtschaft* hervorging. Bis 1995 stand der Bankier und Ökonom dem Think-Tank als Vorsitzender des Stiftungsrats vor. In den Jahren danach wurde sein Rat als Ehrenvorsitzender des Kuratoriums immer wieder nachgefragt. Sein Drang nach Freiheit und Unabhängigkeit verpflichtete ihn „der Sache“ und nicht den Wünschen von Interessengruppen. Hans-Joachim Krahenen ist am 23. September 2015 verstorben. Die Stiftung Marktwirtschaft bewahrt ihn in ehrendem Andenken und wird sich in seinem Sinne weiter für unsere freiheitlich-marktwirtschaftliche Gesellschaftsordnung einsetzen.

Fiskalische Folgen des Flüchtlingszustroms / EU-Nachhaltigkeitsranking

Pressegespräch zur fiskalischen Nachhaltigkeit in Deutschland und Europa

Fiskalische Nachhaltigkeit ist eine Grundvoraussetzung für die langfristige Funktionsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft und die Sicherung unseres Lebensstandards. Kurz- und mittelfristig können öffentliche Haushaltsdefizite in begrenztem Umfang zwar durch die Aufnahme von Schulden ausgeglichen werden, langfristig müssen sich jedoch staatliche Ausgaben und Steuereinnahmen die Waage halten. Am 24. November 2015 hat die Stiftung Marktwirtschaft daher im Rahmen eines Pressegesprächs das Thema nachhaltige Finanzen unter zweierlei Aspekten beleuchtet. Neben Berechnungen zu den langfristigen Kosten des gegenwärtigen Flüchtlingszustroms nach Deutschland wurde auch das Update 2015 des europäischen Nachhaltigkeitsrankings vorgestellt.

Planlose Zuwanderung ohne fiskalische Dividende

Nachdem im Sommer von mancher Seite noch die Hoffnung genährt wurde, dass die derzeit nach Deutschland strömenden Flüchtlinge einen wichtigen Beitrag zur Abmilderung des drohenden Fachkräftemangels und der negativen wirtschaftlichen Folgen der Bevölkerungsalterung leisten könnten, werden die zu erwartenden wirtschaftlichen Folgen inzwischen differenzierter betrachtet. Und das zu Recht. Unter den Annahmen, dass bis 2018 insgesamt zwei Millionen Flüchtlinge nach Deutschland kommen und ihre Integration in den Arbeitsmarkt sechs Jahre dauert, zeigen szenarienbasierte Berechnungen von Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Vorstandsmitglied der Stiftung Marktwirtschaft, dass sich die Nachhaltigkeitslücke um 31,9 Prozentpunkte des BIP verschlechtert (vgl. Szenario „Flüchtlingszustrom“ in der Abbildung). Dies entspricht einer dauerhaften jährlichen fis-

kalischen Belastung von rund 17 Mrd. Euro. Um sie auszugleichen, müssten entweder alle staatlichen Ausgaben um ein Prozent gesenkt werden oder alle Steuern und Abgaben um 1,5 Prozent erhöht werden. „Scheitert“ die Integration der Flüchtlinge, insbesondere auch mit Blick auf die zweite, dann in Deutschland geborene Generation, fallen die langfristigen Kosten noch deutlich höher aus. Die Berechnungen zeigen allerdings auch, dass Zuwanderung, wenn sie gesteuert und an den Erfordernissen des Arbeitsmarktes ausgerichtet erfolgt, mit einer erheblichen fiskalischen Dividende einhergehen kann (vgl. Szenario „Einwanderungsgesetz“).

Europäisches Nachhaltigkeitsranking

Als weiterer Schwerpunkt stand das Update 2015 des europäischen Nachhaltigkeitsrankings auf der Agenda. Dieser Schuldenvergleich, bei dem neben den in der Vergangenheit aufgelaufenen expliziten Schulden auch die impliziten Schulden – das vorweggenommene Ergebnis zukünftiger Haushaltsdefizite – berücksichtigt werden, zeigt, dass die Konsolidierungsbemühungen auf europäischer Ebene Fortschritte machen. Im Vergleich zum Vorjahr sind die Nachhaltigkeitslücken in der Mehrzahl der Mitgliedstaaten gesunken. Eine Abkehr vom Konsolidierungskurs wäre dennoch fatal. Denn in fast der Hälfte der Länder übersteigt die Nachhaltigkeitslücke noch immer ein Niveau von 300 Prozent des BIP.

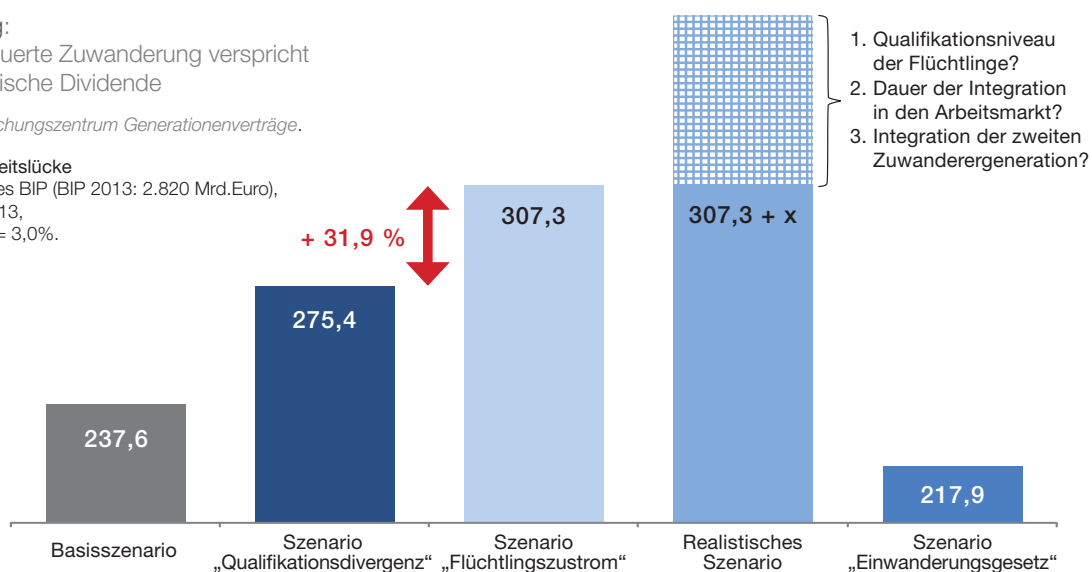
web

Mehr Informationen zu den fiskalischen Kosten der Zuwanderung und zum EU-Ranking erhalten Sie auf unserer Homepage: www.ehrbarer-staat.de

Abbildung:
Nur gesteuerte Zuwanderung verspricht eine fiskalische Dividende

Quelle: Forschungszentrum Generationenverträge.

Nachhaltigkeitslücke
in Prozent des BIP (BIP 2013: 2.820 Mrd. Euro),
Basisjahr 2013,
g = 1,5%, r = 3,0%.



Die Eurozone als Stabilitäts- und Wachstumsunion?

Kooperationstagung zur Zukunft des Euro am 3. November 2015 in Berlin



Jens Spahn MdB, Dr. Valdis Dombrovskis, Rebecca Harms, Dr. Inga Michler, Daniel Gros Ph.D., Prof. Jürgen Stark (v.li.).

Wird die Eurozone perspektivisch zu einer Transferunion und Schuldengemeinschaft statt zu einem ökonomisch und politisch stabilen Währungsverbund? Kann nur ein europäisches Finanzministerium mit großem Budget und harten Durchgriffsrechten für solide Finanzen sorgen? Diese und weitere Fragen standen bei einer gemeinsamen Veranstaltung der Stiftung Marktwirtschaft, der Allianz SE und der Europäischen Kommission vor mehr als 300 Gästen am Pariser Platz auf der Tagesordnung.

Dr. Valdis Dombrovskis, Vizepräsident der Europäischen Kommission, betonte in seiner Rede, dass fiskalische Nachhaltigkeit die wesentliche Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum sei. Die zunehmende Begutachtung staatlicher Ausgabenpolitik durch die EU-Kommission sollte daher positiv bewertet werden. Auch der italienische Wirtschafts- und Finanzminister Prof. Pier Carlo Padoan hob die Wichtigkeit solider Staatsfinanzen hervor. Italien werde den eingeschla-



Martin Sandbu Ph.D., Prof. Nikolaos Vettas Ph.D., Prof. Michael Heise, Prof. Pier Carlo Padoan, Katinka Barysch, Dr. Christian Kastrop (v.li.).

genen Reformkurs trotz einiger inländischer Bedenken konsequent verfolgen.

Jens Spahn MdB, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen, machte darauf aufmerksam, dass ein Bekenntnis zur Haushaltsdisziplin auch die Einhaltung der europäischen Defizitregeln beinhalte. Einige Staaten wie Frankreich würden aber regelmäßig Grenzwerte überschreiten. Die ungeklärte Flüchtlingsfrage dürfe darüber hinaus kein Vorwand dafür sein, die vereinbarten Regeln wieder aufzuweichen. Prof. Dr. Jürgen Stark, ehemaliger Chefvolkswirt der Europäischen Zentralbank, monierte außerdem, dass auch die EZB falsche Signale zur Einhaltung der Schuldengrenze sende. Mit ihrer expansiven Geldpolitik würde sie marktgerechte Preise an den Vermögens- und Anleihemärkten verfälschen. Die anhaltende Niedrigzinspolitik sowie die vermehrten Staatsanleihekäufe durch die EZB sollten endlich zurückgefahren werden.

Prof. Dr. Michael Heise, Chefvolkswirt der Allianz SE, hob hervor, dass der Reformdruck auf verschuldete Staaten weiter aufrechterhalten werden müsse. Die Erhöhung der inländischen Produktivität sei das langfristige Ziel der Reformen. Hierfür müssten die Investitionsbedingungen verbessert werden. Auch Martin Sandbu Ph.D., Wirtschaftskolumnist der Financial Times, wertete die Steigerung der wirtschaftlichen Produktivität als den entscheidenden Faktor für nachhaltiges Wachstum. Neben privaten Investitionen sollten vor allem öffentliche Investitionen erhöht werden, um bessere Wachstumswirkungen zu erzielen. Dies sei der einzige Weg aus der derzeitigen Wirtschaftskrise in Teilen des Euroraums.



web

Den Bericht zur Tagung finden Sie in Kürze auf unserer Homepage: www.stiftung-marktwirtschaft.de

Tagung „Schöne neue digitale Medienwelt?!“ mit EU-Kommissar Oettinger

Wie sich Springer, Spiegel, Google und die Politik die mediale Zukunft im Internet vorstellen

Europa ist bei vielen Themen uneins, in einem Punkt jedoch gibt es Übereinstimmung: Die USA verfügen über eine digitale Überlegenheit. „Hätten wir die Kraft eines europäischen digitalen Binnenmarktes mit 510 Millionen Menschen hergestellt, wäre dieser Markt größer und bedeutender als der amerikanische“, gab Günther H. Oettinger, EU-Kommissar Digitale Wirtschaft und Gesellschaft, auf der Tagung „Schöne neue digitale Medienwelt?!“ am 26. Oktober 2015 in Berlin zu bedenken. Er schlug folglich die Europäisierung der digitalen Gesetzgebung vor, unter anderem um einen fairen Wettbewerb, ein Level Playing Field, herzustellen. Der Kommissar möchte Europa auf den Weg zu einer Digitalunion führen.

Für Dr. Mathias Döpfner, Vorstandsvorsitzender der Axel Springer SE, habe der Journalismus trotz der Herausforderungen durch die Digitalisierung die beste Zeit noch vor sich. Aufgrund der geringeren Kostenbasis, z.B. durch den Wegfall von Druckkosten, stünde den digitalisierten Medien sogar ein wesentlich attraktiveres Geschäftsmodell zur Verfügung: „Das ist eine neue Gründerzeit, die da entsteht.“ Katharina Borchert, Geschäftsführerin von Spiegel Online, äußerte sich ähnlich optimistisch. Sie sah allerdings auch die Notwendigkeit für einen „vernünftigen ordnungspolitischen Rahmen“.

Auch wenn es kein Geheimnis sei, dass das Verhältnis des weltweit größten Suchmaschinenbetreibers zu einigen deutschen Verlagen kritische Elemente beinhalte, was insbesondere für das Leistungsschutzrecht gelte, versteht sich Google, so Philipp Justus, Vice President Google Deutschland und Zentraleuropa, im Rahmen der Digitalisierung als Partner der Medienunternehmen. Nur gemeinsam sei es vorstellbar, den Zugang sowie das Tempo der Innovationen aufrechtzuerhalten. Christoph Keese, der für die Axel Springer SE in seiner Funktion als Executive Vice President an der Diskussion teilnahm, zeigte bei diesem Thema eine lückenhafte Regulierung auf. Für ihn sei klar, dass man an

den Wertschöpfungsketten, die auf der eigenen Leistung beruhen, beteiligt werden muss und dies notfalls auch vor Gericht (z.B. gegen Google) durchsetzt.

Der Frage, ob das Internet den Wettbewerb oder die Monopolbildung forcieren, stellte sich Prof. Dr. Justus Haucap, Direktor des Düsseldorf Institute for Competition Economics (DICE) und Mitglied im Kronberger Kreis. Die Antwort lautete: sowohl als auch. Aus wettbewerbsökonomischer Perspektive sei etwaigen Monopolisierungstendenzen mit einem modernen Kartellrecht entgegenzuwirken. Hierbei sei es wichtig, einen marktgerechten Ansatz zu wählen, der die rechtlichen Rahmenbedingungen an die neuen digitalisierten Geschäftsmodelle anpasst und nicht umgekehrt.

Der Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Ausschuss für Kultur und Medien, Ansgar Heveling MdB, sah als „das Fundamentalste“ in der digitalen Welt die Akzeptanz staatlicher Rahmenbedingungen an, während die stellvertretende Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuss Digitale Agenda, Saskia Esken MdB, erklärte, dass die digitale Transformation nicht nur eine wirtschaftliche, sondern ebenso eine gesellschaftliche Revolution mit sich bringe, die auch nach politischer Gestaltung verlange. Dieter Janecek MdB, wirtschaftspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, wünschte sich den Staat dabei verstärkt in der Wahrnehmung einer Vorbildfunktion. So könnte unter dem Stichwort „Datensicherheit Made in Germany“ ein Exportschlager angestrebt werden. Einigkeit zeichnete sich auf dem Podium am Ende auch bei der Ausgangsfrage der Tagung ab: Hinter den Titel „Schöne neue digitale Medienwelt“ würde die Mehrheit ein Ausrufezeichen setzen.



Den Bericht zur Tagung finden Sie auf unserer Homepage:
www.stiftung-marktwirtschaft.de



Ansgar Heveling MdB, Prof. Dr. Michael Eilfort, Dr. Ursula Weidenfeld (Moderatorin), Philipp Justus, Dieter Janecek MdB, Dr. Mathias Döpfner, Saskia Esken MdB, Günther H. Oettinger, Katharina Borchert, Prof. Dr. Justus Haucap und Christoph Keese (v.li.).

Die zähe Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen

Tagung zur Reformbaustelle Finanzföderalismus am 17. September 2015 im Deutschen Bundestag

Eine Reform des Länderfinanzausgleichs, aber auch der föderalen Finanzverfassung insgesamt, gehört zu den drängenden Herausforderungen, um die viele Politiker gern einen weiten Bogen machen würden. Intransparente und durch Verteilungskonflikte belastete Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen wie auch zwischen den Ländern untereinander prägen das Bild und blockieren sinnvolle Veränderungen. Die Politik kann bei der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen kaum darauf hoffen, schnelle Ergebnisse zu erzielen oder durch einfache Lösungen beim Wähler zu punkten. Insoweit ist es auch wenig erstaunlich, dass dieses Thema bei den beiden großen Föderalismusreformen nach der Jahrtausendwende de facto ausgeklammert worden ist. Auch in der gegenwärtigen Legislaturperiode haben der Bund und die Länder trotz mehrerer Anläufe noch keine gemeinsame Einigung über die Neuordnung der bundesstaatlichen Finanzbeziehungen erzielt.



Antje Tillmann MdB, Donata Riedel (Moderatorin), Werner Gatzler, Anja Hajduk MdB, Prof. Dr. Michael Eilfort, Prof. Dr. Berthold U. Wigger, Prof. Dr. Clemens Fuest (v.li.).

Lange kann diese politische „Vogel-Strauß-Taktik“ nicht mehr funktionieren. Spätestens bis Ende 2019 muss eine Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen beschlossen werden, da dann wichtige gesetzliche Grundlagen – etwa der Länderfinanzausgleich, aber auch der Solidarpakt II – außer Kraft treten. Eine konstruktive politische Befassung mit diesem Thema ist aber auch schon deshalb geboten, weil die Ausgestaltung der föderalen Finanzbeziehungen beträchtliche Auswirkungen auf die Qualität politischer Entscheidungen hat: Im besten Fall fördert die Finanzverfassung durch kluge Anreizstrukturen effiziente und innovative politische Entscheidungen auf allen föderalen Ebenen. Föderaler Wettbewerb ist dann weit mehr als ein Nullsummenspiel – alle werden zu Gewinnern. Im schlechtesten Fall werden hingegen Verschwendung, kollektive fiskalische Verantwortungslosigkeit und nicht zuletzt auch politische Untätigkeit begünstigt.

Vor diesem Hintergrund hat die Stiftung Marktwirtschaft im September 2015 renommierte Experten eingeladen, darüber zu diskutieren, wie eine überzeugende Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen aussehen sollte und wie sie umgesetzt werden kann. Nach einem Problemaufriss und der Vorstellung sinnvoller Reformelemente durch Prof. Dr. Clemens Fuest (Präsident des ZEW Mannheim und Mitglied im Kronberger Kreis) skizzierte Werner Gatzler (Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen) die Position der Bundesregierung in den laufenden Verhandlungen. Angesichts der angebotenen milliardenschweren Zugeständnisse des Bundes an die Länder sah er Letztere nun am Zuge, sich zu einigen. In der anschließenden Podiumsdiskussion, die von Donata Riedel (Handelsblatt) geleitet wurde, diskutierten Antje Tillmann MdB (finanzpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion), Anja Hajduk MdB (Parlamentarische Geschäftsführerin der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen) und Prof. Dr. Berthold Wigger (Karlsruher Institut für Technologie und Mitglied im Kronberger Kreis) über die Reformbaustelle Finanzföderalismus. Dabei wurde einerseits deutlich, dass schnelle und einfache Lösungen nicht zu erwarten sind, zumal die Parlamente in Bund und Ländern bislang nur am Rande in die Verhandlungen einbezogen worden sind. Andererseits zeigte die Diskussion an einigen Stellen, dass parteiübergreifende Kompromisse nicht völlig ausgeschlossen sein müssen und auch eine gewisse Offenheit für einzelne Vorschläge aus der Wissenschaft besteht. Nachdem sich inzwischen die Länder auf einen eigenen Vorschlag geeinigt haben, werden die nächsten Wochen und Monate zeigen, ob eine grundlegende Reform dieses Mal gelingt.



Werner Gatzler, Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen.

web

Den Bericht zur Tagung finden Sie in Kürze auf unserer Homepage: www.stiftung-marktwirtschaft.de

Carsten Kengeter, neuer Chef der Deutschen Börse, zu Gast

Auftakt zu Berliner Gesprächen zum Finanzplatz Deutschland in der Hessischen Landesvertretung



Carsten Kengeter, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Börse AG.

Mit Carsten Kengeter, Vorsitzender des Vorstandes der Deutschen Börse AG, beginnt eine neue Reihe der Stiftung Marktwirtschaft und der Hessischen Landesregierung: „Berliner Gespräche zum Finanzplatz Deutschland“. Die für Bundes- und Europaangelegenheiten zuständige Staatsministerin Lucia Puttrich MdL hat sich wie Stiftungsvorstand Prof. Dr. Michael

Eilfort zum Ziel gesetzt, mit dem neuen Gesprächsformat für die Hauptstadt relevante Themen rund um den Finanzplatz Deutschland zu diskutieren. Inhaltlich stehen dabei vornehmlich zukunftsorientierte Fragestellungen im Mittelpunkt. Der prominente erste Gast der neuen Reihe, Carsten Kengeter, steht seit Juni 2015 an der Spitze der Deutschen Börse.

Was den globalen Wettbewerb angeht, stünden Deutschland, Frankfurt und auch der Deutschen Börse große Herausforderungen bevor, so der 48-Jährige. Der Finanzsektor konsolidiere sich stark und diversifiziere sich zugleich in Teilen. Auch die Deutsche Börse stehe unter diesem Konsolidierungsdruck, zumal es sich um einen Fixkostensektor handle. Seiner Ansicht nach wurde eine gute Grundlage gelegt, indem die Europäische Zentralbank nach Frankfurt geholt wurde. Der Genossenschaftsbankensektor blühe und auch den Sparkassen ginge es gut. Doch die asiatischen Finanzmärkte hätten Deutschland bereits überholt. Die Deutsche Börse – aktuell die viertgrößte Börse in der Welt – versucht daher beispielsweise mit einer Venture Network-Initiative die Wachstumsfinanzierung voranzutreiben.

Generation-D

Der Ideen- und Startup-Wettbewerb für Studierende

Zum achten Mal ist der studentische Wettbewerb GENERATION-D auf der Suche nach Ideen und Neugründungen, die mit einem innovativen Geschäftsmodell ein gesellschaftliches Problem lösen wollen. Das Preisgeld in Höhe von 10.000 Euro geht an Projektteams mit überzeugendem Unternehmergeist, deren Ideen einen gesellschaftlichen Mehrwert darstellen. Mitmachen können Studierende aller Fachrichtungen sowie Young Professionals.



facebook www.facebook.com/generationd

Einsendeschluss: 12. März 2016

Zu guter Letzt

Noch eine frohe Botschaft für Europa



Foto Juncker: © SIP_CV_DE_Juncker (Montage)